

Sitzungsniederschrift

12. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 28.11.2017	Sitzungsbeginn: 15:01 Uhr	Sitzungsende: 16:36 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:

Mitglieder

Looden, Holger

AfD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.11.2017

 5. Einwohnerfragestunde

 6. Anfragen "Freie Wähler" zum 3. Budgetbericht 2017

 7. Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2018

 8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

 9. Einwohnerfragestunde

 10. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.01 Uhr die 12. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 07.11.2017**

Abgeordneter Looden bat darum, seinen Wortbeitrag bezüglich der Rückholquote bei den Unterhaltsvorschussleistungen, zu ergänzen. Wichtig sei, dass die Unterhaltungspflichtigen, die ihrer Verpflichtung nachkommen und die Unterhaltspflichtigen, die nicht freiwillig zahlen und daher das Amt für Kinder, Jugend und Familie in Vorleistung gehe, gleich behandelt würden, in dem das Fachamt sich seine geleisteten Vorschüsse zurückhole.

Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanzausschusses am 07.11.2017 wurde mit dieser Ergänzung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Anfragen "Freie Wähler" zum 3. Budgetbericht 2017**

Bezüglich der Anfrage der Fraktion Freie Wähler zur Erläuterung der 3 Mio. € für die Flüchtlingsarbeit der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden (Anlage 1) führte **Frau Saathoff** aus, dass die Haushaltsmittel bei dem Produkt 313-01 (Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) eingeplant seien.

Die Maßnahmen für die Integration von Flüchtlingen seien im Ausschuss für Migration und Integration am 20.07.2015, in der gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses der Kreisvolkshochschule Aurich und Norden am 07.09.2015 und in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration und Finanzausschusses am 15.09.2015 vorgestellt und beraten worden.

Es finde eine Abrechnung der einzelnen Projekte statt. Im Haushaltsjahr 2017 seien zum jetzigen Zeitpunkt ca. 2,5 Mio. € ausgegeben worden.

Im Haushaltsjahr 2018 seien ebenfalls 3 Mio. € als Erstattungsrahmen für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden eingeplant. Die Flüchtlingssozialarbeit könne nicht abhängig gemacht werden vom Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes, sondern sei auch anzuwenden für ausländische Mitbewohner, die z. B. arbeitssuchend seien und die deutsche Sprache erlernen, um in der Lage zu sein, eine Beschäftigung aufzunehmen.

Die Integrationsarbeit laufe über mehrere Jahre. Der Landkreis Aurich habe in den Jahren 2013 bis 2017 insgesamt ca. 4.000 Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen und untergebracht.



Die Integrationszentren seien durchgängig hoch ausgelastet. Durch Ein-/Auszüge könne es hierbei zu natürlichen Schwankungen kommen. Der Integrationsstützpunkt Wiegboldsbur werde zum 30.06.2018 an die Gemeinde Südbrookmerland zurückgegeben.

Landrat Weber wies darauf hin, dass die Thematik inhaltlich nicht in den Finanzausschuss gehöre. Eine sachliche Beratung müsse im Ausschuss für Migration und Integration erfolgen.

Die Integrationsarbeit werde pro Person ca. fünf Jahre andauern.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ab welchem Jahr die 3 Mio. € im Haushalt eingeplant seien und ob eine Erstattung dieser Aufwendungen erfolge.

Frau Saathoff sagte, dass die Haushaltsmittel seit dem Jahr 2017 eingeplant seien. Eine spezielle Erstattung (zusätzlich zur Pauschale) von Dritten erfolge nicht.

Frau Saathoff antwortete auf die Anfrage der Freien Wähler bezüglich des Standes der Personalaufwendungen zum 31.10. und 31.12.2017 (Anlage 2). Der von Herrn Strömer angegebene Betrag bei dem Ausgabevolumen laut Ergebnishaushalt 2017 sei nicht korrekt. Für Personal- und Versorgungsaufwendungen seien im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 59.763.300 € eingeplant. Bis zum 31.10.2017 seien 42.209.300 € verausgabt worden. Es sei davon auszugehen, dass, wie bereits bei dem dritten Budgetbericht 2017 erläutert, zum Jahresende eine Einsparung in Höhe von 689.000 € erzielt werden könne (Anlage 3).

TOP 7 Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2018

Abgeordneter Meyerholz erläuterte seinen Antrag auf Senkung der Kreisumlage (Anlage 4).

Trotz hoher Verlustausgleiche an die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH erwirtschaftete der Landkreis hohe Überschüsse.

Bezüglich des Schullastenausgleichs habe der Landkreis in den Jahren 2011 und 2012 „getrickst“. Der Landkreis stelle den Gemeinden über den Schullastenausgleich Gelder zur Verfügung. Hierbei handele es sich um eine rechtliche Verpflichtung seitens des Landkreises. Die Stadt Aurich habe von dem Schullastenausgleich wegen der Schülerzahlen nicht profitiert.

Eine differenzierte Kreisumlage sei damals bereits Thema gewesen.

Anmerkung der Verwaltung:

Vor der Erhöhung erfolgte eine Abfrage zu den Kosten / Schüler bei den Städten und Gemeinden. Die Rückmeldungen berücksichtigten unterschiedliche Grundlagen (mit bzw. ohne Aufwendungen für Verwaltungskosten, Sporthallen, Mieten/Abschreibungen usw.).

In Abstimmung mit den Kommunen einigte man sich auf die zum Haushaltsplan 2012 angemeldeten Beträge. Da die Trägerschaft der Schulen in der Stadt Aurich überwie-



gend beim Landkreis liegt (IGS Aurich West und Waldschule), erhöhten sich damit auch die Erstattungen der Stadt an den Landkreis.

Abgeordneter Meyerholz führte weiter aus, dass aufgrund der hohen Kreisumlage viele Gemeinden und Städte an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gekommen seien. Die Aufgabenerfüllung sei nur noch möglich, indem sie Steuern und Gebühren erhöhen würden, freiwillige Leistungen kürzen oder aber dringend notwendige Aufgaben verschieben. Ansonsten würden die Haushaltssatzungen durch den Landkreis nicht genehmigt werden.

Mit der Festsetzung der Kreisumlage dürften die Gemeinden nicht an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Seiner Auffassung nach, sei die Festsetzung der Kreisumlage rechtswidrig.

Als Beispielkommune führte er die Gemeinde Ihlow an. Die Gemeinde Ihlow sei in der Vergangenheit mehrfach entschuldet worden. Der Landkreis Aurich beteilige sich an der Entschuldung. Die anderen Gemeinden seien somit über die Kreisumlage ebenfalls an der Entschuldung der Gemeinde Ihlow beteiligt. Als nächstes würden die Gemeinden Großefehn und Baltrum für die Entschuldung anstehen.

Der Anteil der Stadt Aurich an der Kreisumlage sei hoch. Die Stadt Aurich habe in den Jahren 2007 bis 2016 ca. 42 % der Kreisumlage gezahlt. Alle Gemeinden würden über die hohe Kreisumlage klagen.

Abgeordneter Meyerholz führte weiter aus, dass er eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes für dringend erforderlich halte. Wenn Kritik aus den Gemeinden kommen würde, würde der Landkreis den Kommunen Haushaltsmittel für den Schullastenausgleich und die Kindertagesstätten zur Verfügung stellen. Hierzu sei der Landkreis aber gesetzlich verpflichtet.

Abgeordneter Looden sprach sich für eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes auf 50 % aus.

Abgeordneter Strömer sagte, die Freien Wähler würden bereits seit längerer Zeit eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den Gemeinden und dem Landkreis fordern. Im Oktober 2017 sei diesbezüglich auch ein Antrag mit fünf Punkten eingereicht worden. Dieser sei zur Beratung an die Fraktionen verwiesen worden.

Bislang gebe es nur einen einseitigen Finanzausgleich von den Gemeinden an den Landkreis. Man solle überlegen, auch einen Finanzausgleich vom Landkreis an die Gemeinden einzuführen. Hier seien alle Fraktionen gefordert.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel teilte mit, dass sie sich schon länger gewundert habe, dass die Kreistagsabgeordneten, die auch in den Gemeinderäten tätig seien, dem Landkreishaushalt mit der Höhe des Kreisumlagehebesatzes zustimmen konnten. In der Stadt Norden könnten Straßenschäden kaum ausgebessert werden, vom Landkreis werde aber immer alles „schön“ gemacht. Sie wünschte sich eine Kreisumlagenkung.

Der bisherige Stellenplan sei ihrer Meinung nach nicht aufgabengerecht zugeordnet und dadurch nicht transparent.

Einen Haushaltsbeschluss im Januar hielt sie für zeitlich schwierig.



Abgeordnete Seelgen meinte, es sei sehr zu begrüßen, wenn der Landkreis es sich leisten könne, die Kreisumlage zu senken. Bei einer Kreisumlagesenkung werde aber nicht mehr geprüft, für welche Gemeinde eine Senkung finanziell erforderlich sei. Es würden alle Gemeinden profitieren. Der Landkreis sei in der Verpflichtung, für einen Ausgleich zu sorgen.

Landrat Weber sagte, dass es den Gemeinden und Städten im Landkreis Aurich derzeit so gut gehe, wie noch nie. Er habe Einblick in die Haushaltspläne und wisse daher, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Die Stadt Aurich habe keine Argumente, solange sie als einzige Kommune im Landkreis keine Kindergartengebühren erhebe. Er warnte davor, die Kreisumlage zu senken. Wenn die Kreisumlage gesenkt werde, sei die Chance auf eine anschließende Erhöhung gering. Da sei es sinnvoller, im Einzelfall zu verhandeln und den Gemeinden etwas zurückzugeben. Das habe nichts mit „Trickserei“ zu tun, wie Abgeordneter Meyerholz erwähnte.

Die Verhandlungen mit den Bürgermeistern über höhere Zuschüsse für die Kindertagesstätten liefen in großer Harmonie und gegenseitigem Verständnis. Auch die Entschuldung der Gemeinden verlaufe in großer Einigkeit.

Abgeordneter Meyer verwies auf seine 16-jährige Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Wiesmoor. Die Gemeinden hätten sich immer für eine Entlastung der Gemeinden stark gemacht. Von „Trickserei“ könne in keiner Weise gesprochen werden. Die Einrichtung des Strukturfonds sei gemeinsam mit den Bürgermeistern erfolgt. Es herrsche eine Gemeinsamkeit innerhalb der Kommunen des Landkreises Aurich. Er schlug vor, den Hauptverwaltungsbeamten die Thematik bezüglich der Senkung der Kreisumlage mit auf den Weg zu geben.

Abgeordneter Strömer fragte nach, ob eine Änderung des Schullastenausgleichs geplant sei.

Frau Saathoff sagte, dass zurzeit keine Änderung geplant sei.

Abgeordneter Meyerholz machte deutlich, dass die Stadt Wiesmoor beim Schullastenausgleich jahrelang auf Geld verzichtet habe. Der Schullastenausgleich müsse dringend überarbeitet werden.

Der Antrag des Abgeordneten Meyerholz auf Senkung der Kreisumlage wurde zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Zu Beginn der Sitzung wurden die Anlagen 5 bis 10 an die Anwesenden verteilt.

Frau Saathoff erläuterte die Übersicht der Teilhaushalte gemäß der Anlage 5. Gemäß den jetzt eingearbeiteten Zahlen liege der Überschuss bei voraussichtlich 3,87 Mio. €. In diesem Betrag seien die Personalaufwendungen aus der Finanzplanung 2017 für das Haushaltsjahr 2018 enthalten. Dieser Wert entspreche dem Haushaltsansatz 2017 zuzüglich zwei Prozent Tarif-/Besoldungserhöhung. Es müsse noch eine Anpassung der Personalaufwendungen für die im Haushaltsjahr 2017 neu eingerichteten Stellen erfolgen. Im Haushaltsjahr 2017 seien diese Stellen nur für sechs Monate eingeplant worden. Ab 2018 müsse die Einplanung der Personalaufwendungen für das gesamte Jahr erfolgen.



Die Verwaltung schlage vor, zunächst den Stellenplan aus dem Haushaltsjahr 2017 zu übernehmen. Im Inneren Dienst sei eine neue Abteilung mit zwei Mitarbeitern eingerichtet worden, die u.a. die Einrichtung von neuen Stellen überprüfen solle. Wenn diese Überprüfungen fortgeschritten seien, könne ein neuer Stellenplan erstellt und im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung beraten werden.

Wichtig sei, dass die Haushaltssatzung im Januar 2018 beschlossen werde, damit der Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung verkürzt werde und insbesondere im investiven Bereich auch Aufträge erteilt werden können, um die Baumaßnahmen insbesondere in den Schulen in den Sommerferien durchführen zu können.

Frau Saathoff führte weiter zur aktuellen Entwicklung des Finanzausgleichs und der Kreisumlage aus (Anlage 8). Die Erträge aus der Schlüsselzuweisung (48,7 Mio. € zuzüglich 200.000 € Nachzahlung für 2017), aus den Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis (6,6 Mio. €) und der Kreisumlage (103,5 Mio. €) würden voraussichtlich insgesamt bei 159 Mio. € liegen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Werte für die Steuerverbundabrechnung in diesen Beträgen noch nicht enthalten seien.

Die kreisangehörigen Gemeinden würden im nächsten Jahr aufgrund höherer Pro-Kopf-Beträge auch höhere Schlüsselzuweisungen erhalten.

Für den Verlustausgleich der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH sei vorerst die Planzahl von 8 Mio. € aus dem Haushaltsplan 2017 übernommen worden. Morgen finde die Gesellschafterversammlung der UEK gGmbH statt, in der der Wirtschaftsplan der Klinik vorgestellt werde. Gegebenenfalls müsse der Haushaltsansatz entsprechend angepasst werden.

In dem Teilhaushalt Allgemeine Deckungsmittel seien keine Zuweisungen an das Europahaus Aurich und die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden eingeplant. Bezüglich des Europahauses sei in der Sitzung des Finanzausschusses am 07.11.2017 vereinbart worden, das Konzept abzuwarten und Haushaltsmittel gegebenenfalls über eine Nachtragshaushaltssatzung zur Verfügung zu stellen.

Die Gewährung eines Zuschusses an die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden wird zur Beratung an die Fraktionen gegeben.

Frau Saathoff informierte, dass die Team Telematikzentrum GmbH in der Gesellschafterversammlung beschlossen habe, aufgrund des schlechten „Windjahres“ in diesem Jahr keine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter vorzunehmen, sondern die Mittel der Rückstellung zuzuführen. Für das nächste Jahr sei auch keine Gewinnausschüttung vorgesehen. Dieses führe dazu, dass in dem Teilhaushalt Allgemeine Deckungsmittel 240.000 € weniger Erträge eingeplant seien.

In den Teilhaushalten Gebäudemanagement und Schulen seien Mehraufwendungen bei der baulichen Unterhaltung (Anlage 10) eingeplant. **Frau Saathoff** erläuterte die einzelnen Bauunterhaltungsmaßnahmen. Bei den Schulen seien 689.000 € und bei den Verwaltungsgebäuden 245.000 € zusätzliche Maßnahmen eingeplant. Für den Zeltplatz Norderney seien Mittel für die bauliche Unterhaltung in Höhe von 25.000 € und für die Folgejahre jeweils 8.000 € eingeplant.

In dem Teilhaushalt des Sozialamtes seien die großen Abweichungen überwiegend im Produkt Asylbewerberleistungen begründet.



Das Budget des Teilhaushaltes des Amtes für Kinder, Jugend und Familie sei im Jugendhilfeausschuss ausführlich vorgestellt worden und sei auf der Grundlage des dritten Budgetberichtes 2017 fortgeschrieben worden. Im Fachausschuss seien keine Einwendungen erhoben worden. **Abgeordnete Feldmann** bestätigte dies ausdrücklich.

Bei den Kosten der Unterkunft gebe es einen höheren Bundesanteil, sodass in dem Teilhaushalt des Jobcenters der Zuschussbedarf reduziert werden konnte.

Im Amt für Bauordnung und Naturschutz seien weniger Erträge wegen der rückläufigen Anträge auf Errichtung von Windenergieanlagen zu erwarten.

Erhöhte Abschreibungen in den Teilhaushalten des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche und Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung seien die Ursache für die erhöhten Aufwendungen.

Frau Saathoff fasste zusammen, dass bei dem Überschuss in Höhe von 3,87 Mio. € zu berücksichtigen sei, dass die Verhandlungen mit den kreisangehörigen Kommunen wegen der Kostenbeteiligung an den Kindertagesstätten noch nicht abgeschlossen und somit noch nicht eingeplant seien. Außerdem seien keine Zuschüsse an die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden und das Europahaus Aurich eingeplant. Wie bereits erläutert, stehe ebenfalls noch die Anpassung der Personalaufwendungen aus. Bei dem Verlustausgleich für die UEK gGmbH müsse die morgige Gesellschafterversammlung noch abgewartet werden.

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 12.12.2017 würden weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Abgeordneter Meyerholz würde es begrüßen, die Haushaltssatzung schon im Januar zu beschließen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel machte den Vorschlag, dass sich die Verwaltung Vorberichte von vergleichbaren Landkreisen ansehen solle. Es sei für sie fraglich, wie andere Landkreise ihre finanzielle Situation mit einer niedrigeren Kreisumlage bewältigen.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die Landkreise sehr unterschiedlich aufgestellt seien. Von daher sei es sehr schwierig, einen Vergleich herzustellen. Teilweise würden die Gemeinden Sozial- und Jugendämter vorhalten und auch die Schulträgerschaft sei sehr unterschiedlich.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel stellte die Frage, ob die Strukturen des Landkreises eventuell zu teuer seien. Unterschiedliche Strukturen würden auch unterschiedliche Kosten verursachen.

Abgeordneter Siebels widersprach dem Vorschlag der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel, weitere Vergleichszahlen von anderen Landkreisen heranzuziehen. Mit dem heute vorgelegten Zahlenwerk sei er gut informiert. Die Durchführung eines Vergleichs sei mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Am Ende werde man voraussichtlich zu dem Ergebnis kommen, dass die Strukturen unterschiedlich seien und aus diesem Grund die finanzielle Situation auch nicht vergleichbar sei. Wichtig sei es, politische Entscheidungen zu treffen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel äußerte den Wunsch, darüber nachzudenken, ob die Strukturen zu teuer seien.

Landrat Weber bat die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel darum, ihren Vorschlag auch mit Fakten zu hinterlegen und nicht nur zu sagen, dass die Strukturen des Landkreises Aurich zu teuer seien.

TOP 8 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.36 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin